

**MEHR VON UNS IST
BESSER FÜR ALLE**

Januar/Februar 2018

Pflegekammer **Gut zu wissen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das baden-württembergische Ministerium für Soziales und Integration lässt im ersten Quartal 2018 1.500 zufällig ausgewählte Pflegefachkräfte in Baden-Württemberg befragen, ob sie eine Pflegekammer wollen oder nicht. Danach will die Landesregierung entscheiden, ob es in Baden-Württemberg eine Pflegekammer geben soll.

Die ver.di-Mitglieder haben auf allen Ebenen ihrer Gewerkschaft Beschlüsse gefasst, die die Errichtung einer Pflegekammer ablehnen.

Warum, das wollen wir in dieser Broschüre erläutern, als Argumentations- und Entscheidungshilfe für alle, die darüber diskutieren wollen oder von der Landesregierung befragt werden. ►

In Rheinland-Pfalz wurde Anfang 2016 die erste Landespflegekammer gebildet (zu den dortigen Erfahrungen siehe Seite 6). In Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind Beschlüsse zur Errichtung gefasst.

In Hamburg und Bayern wurde die Bildung einer Pflegekammer abgelehnt.

Bayern hat eine alternative Lösung gefunden: Die dortige »Vereinigung der bayerischen Pflege« setzt nicht auf Pflichtmitgliedschaft, sondern auf Freiwilligkeit.

► <http://tinyurl.com/verdiBayernPfleV>

Warum soll ich mich jetzt damit beschäftigen?

Soll doch jede haben, was sie will. So einfach ist es aber nicht. Entscheidet sich der Landtag für die Errichtung einer Pflegekammer, gibt es kein Wahlrecht mehr. Jede Pflegefachkraft, die in Baden-Württemberg arbeitet, wäre automatisch verpflichtet,

- Mitglied zu werden, d.h. sich registrieren zu lassen (dafür können die Arbeitgeber verpflichtet werden, die Namen der bei ihnen beschäftigten Pflegefachkräfte an die Pflegekammer zu melden),
- Mitgliedsbeiträge und Gebühren zu entrichten,

- sich fortzubilden – zur Not in der Freizeit und/oder auf eigene Rechnung,
- entsprechend den Beschlüssen der Vertreterversammlung und des Vorstands der Pflegekammer zu handeln.

Es würde eine für alle Pflichtmitglieder verbindliche Berufsordnung erlassen. Eine eigene Berufsgewerkschaft würde sich mit Verstößen und Beschwerden befassen und Urteile gegen einzelne Pflegende fällen.

Die meisten organisierten Pflegenden sind Mitglieder der Gewerkschaft ver.di. Andere sind in einem Pflegeberufsverband organisiert. Aber die große Mehrheit hat sich



**MEHR VON UNS IST
BESSER FÜR ALLE**

nirgends organisiert. Es klingt daher attraktiv, eine Institution zu schaffen, in der alle Pflegefachkräfte gegenüber der Politik mit »einer Stimme« sprechen und die Angelegenheiten der Pflegenden selbst bestimmen können.

Aber: Jede muss sich fragen, was sie persönlich von der Einrichtung einer Pflegekammer hat. Hat die Pflegekammer tatsächlich positive Auswirkungen für den Arbeitsalltag, das Ansehen und den Einfluss der Pflegenden?

Wir meinen: Nein, und dafür gibt es gewichtige Gründe!

Wie ist die Situation?

Der ver.di-Personalcheck hat 2013 ergeben: Landesweit fehlen mindestens 7.000 Stellen für Pflegefachkräfte in den Krankenhäusern. 2014 haben wir erhoben, dass 15.000 Pflegenden in der stationären (Alten)Pflege fehlen. Das hat Konsequenzen:

- Mehr und pflegebedürftigere Patientinnen oder Bewohnerinnen werden durch weniger Pflegenden versorgt,
- »freiwilliger« Verzicht auf Rechte, z.B. auf Pausen,
- Holen aus dem Frei/Überstunden/Mehrarbeit,
- zu wenig Zeit für die Anleitung von Azubis,
- unzureichende Versorgung der Patientinnen und Bewohnerinnen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sprechen sogar von gefährlicher Pflege.

Was sind Kammern? Wie sind sie entstanden und für wen?

Bereits im Mittelalter haben sich die selbstständigen Handwerker zu Zünften und Kammern zusammengeschlossen, um gute Preise für ihre Arbeit durchzusetzen. Im 19. Jahrhundert hat der Gesetzgeber Kammern für weitere freie Berufe wie

Architektinnen und Ärztinnen geschaffen, weil sie als Selbstständige keiner arbeitsrechtlichen Kontrolle unterlagen.

Im Jahr 2000 wurde die erste Kammer für Psychotherapeutinnen gegründet.

Entscheidend ist, dass Kammern primär für selbstständige Berufe gebildet wurden. Nahezu alle Pflegenden arbeiten dagegen als abhängig Beschäftigte in Krankenhäusern bzw. in der stationären oder ambulanten Pflege und stehen dort in einem weisungsgebundenen Arbeitsverhältnis. Die Rahmenbedingungen werden durch die Arbeitgeber festgelegt, die die Versorgung der Patientinnen oder Bewohnerinnen gewährleisten müssen.

Die Kammer kann ihre Kompetenzen nicht frei wählen. Einer Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts können nur staatliche Aufgaben übertragen werden.

Und deshalb hat die Pflegekammer entscheidende Konstruktionsfehler:

Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung der Bevölkerung?

Ein zentrales Argument der Befürworterinnen der Pflegekammer ist, dass diese eine sachgerechte, professionelle Pflege sicherstellen soll: »Pflegeberufekammern entstehen, wo der Staat die Aufgabe zu entscheiden, wie Pflege erbracht wird, an die Berufsgruppe der Pflegenden übertragen hat. Die Kammern vertreten die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern.«* Unserer Meinung nach ist das eine originäre Aufgabe des Staates. Warum sollten die Pflegenden dafür bezahlen, dass die Qualität ihrer Arbeit überwacht und reguliert wird?

Die Pflegekammern wollen durch Berufsordnungen und der Überwachung der Berufspflichten vor unsachgemäßer Pflege schützen. Verstöße sollen sanktioniert

werden. Die Berufsgruppe der Pflegenden unterliegt aber bereits der arbeitsrechtlichen Kontrolle durch ihre Arbeitgeber.

Eine Pflegekammer soll die Pflegequalität sichern, kann aber nur individuelles Fehlverhalten ihrer Mitglieder bestrafen. Auf die Verhältnisse, unter denen gearbeitet wird, hat sie keinen Einfluss. Dabei sind diese die Ursache der meisten Probleme, die die Berufsausübung und die Qualität der Pflege beeinträchtigen. So hat zum Beispiel der Personalmangel erheblichen Einfluss darauf, ob Hygienevorschriften eingehalten werden können und wie viel Zeit zur Beobachtung der Patientinnen oder für pflegerische Handlungen zur Verfügung steht.

Wer trägt die Verantwortung?

Für die Änderung der Verhältnisse sind Politik und Arbeitgeber zuständig. Viele erleben allerdings, wie die unternehmerische Verantwortung aus Spargründen auf die Pflegeteams übertragen wird.

Da sie keinen Einfluss auf die Rahmenbedingungen haben, verzichten sie auf ihre Rechte (gesetzlich vorgeschriebene Pausen werden nicht eingehalten, Einspringen außerhalb des Dienstplans ist Alltag ...). Da die Arbeit nicht zu schaffen ist, bleibt immer etwas auf der Strecke.

Die Entscheidung darüber, welche Leistungen nicht erbracht werden, wird allerdings den einzelnen Pflegenden aufgebürdet, obwohl sich das Krankenhaus gegenüber den Patienten zur vollen Leistung verpflichtet hat. Die Arbeitgeber und der Staat stehen sich aus der Verantwortung. Die Pflegekammer hilft ihnen dabei.

Die Pflegenden selbst können Verbesserungen nur über betriebliche Aktivitäten erreichen, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern. Ein gutes Beispiel dafür ist die ver.di-Bewegung für Entlastung und mehr Personal im Krankenhaus. In den Betrieben, in denen sich viele Kolleginnen und Kollegen zusammengeschlossen, mit Aktionen auf ihre Lage aufmerksam gemacht und sogar gestreikt haben,

* Pressemitteilung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe, DBfK Nordwest e.V. und DBfK Südwest e.V. vom 13. Dezember 2017

**MEHR VON UNS IST
BESSER FÜR ALLE**

hat sich etwas getan. Vielerorts werden jetzt Betten geschlossen, wenn zu wenig Personal da ist. Seither sind die prekäre Lage der Pflege und die Forderung nach mehr Personal in aller (Politiker)Munde.

Die in Rheinland-Pfalz bestehende Pflegekammer hat dazu nichts beigetragen. Zu Recht, denn der Einfluss auf die Verhältnisse liegt außerhalb ihrer Kompetenz.

Selbstbestimmung oder Dienerin zweier Herren?

Hauptaufgabe einer Pflegekammer ist die Erstellung einer Berufsordnung und die Sanktionierung von Verstößen der einzelnen Pflichtmitglieder durch eine eigene Berufsgerichtsbarkeit. Das würde die Pflegenden zu Dienerinnen zweier Herren machen – des jeweiligen Arbeitgebers und der Pflegekammer.

Diese müssen keine Rücksicht aufeinander nehmen, können aber jeweils unabhängig voneinander Anforderungen an die Pflegenden stellen und diese auf Basis des Arbeits-

vertrags oder der durch eine Pflegekammer erlassenen Berufsordnung durchsetzen.

Aus der versprochenen Selbstbestimmung der Pflegenden wird eine doppelte Fremdbestimmung, die neben den belastenden Arbeitsbedingungen zu zusätzlichen, unnötigen Konflikten führt.

Teamarbeit oder Spaltung der Pflegenden?

Arbeit im Krankenhaus sowie in Pflegeeinrichtungen und -diensten ist Teamarbeit. Die Pflegekammer schließt aber von vornherein alle anderen an der Versorgung beteiligten Berufsgruppen aus.

Und sogar die Gruppe der Pflegenden wird gespalten: Dreijährig examinierte und studierte Pflegekräfte müssen Mitglied werden. Alle anderen, zum Beispiel Pflegehelferinnen, dürfen es nicht und bleiben bei berufspolitischen Fragen außen vor.

Freiwillige oder Pflichtmitgliedschaft?

In einem Bundesland mit Pflegekammer sind Pflegefachkräfte automatisch Mitglied – mit allen damit verbundenen Pflichten.

Das gilt selbst dann, wenn man gerade in Elternzeit oder langzeiterkrankt ist. Entziehen kann man sich dieser Mitgliedschaft nur durch Berufsaufgabe oder Wegzug aus dem Bundesland, auch wenn man völlig unzufrieden ist und sich durch die Pflegekammer schlecht vertreten sieht.

Anders in Bayern: In der »Vereinigung der bayerischen Pflege« ist die Mitgliedschaft freiwillig.

Wir setzen auf Überzeugung, auf die Emanzipation erwachsener Menschen. Für ver.di entscheiden sich die Mitglieder freiwillig. Und es werden im Gesundheitswesen immer mehr.

Erhöhen sich Ansehen und Einfluss der Pflegenden durch eine Organisation mit Pflichtmitgliedschaft?

Grundlage für mehr Einfluss und Ansehen ist Stärke. Stärke kommt durch Solidarität. Solidarität entsteht durch freiwilliges Engagement für gemeinsame Ziele. Eine Pflegekammer ist das genaue Gegenteil. Wer nimmt Aktivitäten einer Organisation wirklich ernst, wenn deren Mitgliederstärke nicht auf Freiwilligkeit, sondern auf Zwang, unter Verwendung staatlicher Disziplinargewalt beruht? Die Verpflichtung der Pflegenden zu einer Mitgliedschaft steigert weder die Attraktivität noch das Ansehen des Berufes. Warum sollten wir deshalb ernster genommen werden?

Fort- und Weiterbildung – endlich möglich?

Eine Pflegekammer erwartet – wie auch die Ärztekammer – regelmäßige Nachweise über durchgeführte Fortbildungen ihrer Pflichtmitglieder als Voraussetzung dafür,

dass diese ihre Berufszulassung behalten können.

Lebenslanges Lernen und Qualifizierung sind wichtig, gerade in den Gesundheitsberufen. Fortbildung darf aber nicht alleine in der Verantwortung der Beschäftigten liegen. Arbeitgeber müssen Freiräume dafür schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Das müssen sie schon deshalb, weil Pflegekräfte überwiegend abhängig Beschäftigte sind – und eben nicht selbstständig. Die Fortbildungspflicht aber nimmt nur Pflegekräfte in die Verantwortung.

Bisherige Erfahrungen mit der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz

Im Januar 2016 ist die Pflegekammer Rheinland-Pfalz an den Start gegangen.

► <http://www.pflegekammer-rlp.de>

»Die bisherige Arbeit war fast ausschließlich organisatorischer Natur. Inhaltlich ist in dieser Zeit nicht viel passiert. Die Pflegekräfte selbst hatten von der Einrichtung

der Pflegekammer bislang keine Vorteile.« Dieses Fazit zieht Karola Fuchs, ver.di-Vertreterin in der Vertreterversammlung der Pflegekammer Rheinland-Pfalz, in einem Interview.

► <http://tinyurl.com/verdiRPPflegekammer>

Die Mitgliedsbeiträge hält sie für sozial ungerecht. Statt dem ver.di-Vorschlag zu folgen, einen prozentualen Beitrag vom Einkommen zu erheben, gebe es in Rheinland-Pfalz sieben Beitragsklassen. Umgerechnet auf das Einkommen bedeute das: »Diejenigen, die am wenigsten verdienen, müssen prozentual am meisten bezahlen.« Allein die Verwaltung der Pflegekammer verursache immense Kosten, hinzu kämen Aufwandsentschädigungen. »Ob das Geld der Pflegekräfte gut angelegt ist, darf man bezweifeln«, meint Karola Fuchs.

Dass sich Vertreter/innen der Gewerkschaft an den Kammern beteiligen, wo sie trotz unserer Kritik eingerichtet werden, ist keineswegs ein Widerspruch. Für ver.di ist klar: Wir sprechen uns gegen die Errichtung von Pflegekammern aus. Doch wenn

**MEHR VON UNS IST
BESSER FÜR ALLE**

wir uns mit dieser Position nicht durchsetzen und der Landesgesetzgeber sich dafür entscheidet, ziehen wir uns nicht »in die Schmollecke zurück«, wie Karola Fuchs erklärt. Dann gestalten wir mit – im Interesse unserer Mitglieder und der Pflegekräfte insgesamt.

Was hilft den Pflegenden wirklich?

Pflege ist eine höchst verantwortungsvolle Tätigkeit. Eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung ist überfällig. Der Schlüssel zur Stärkung der pflegerischen Berufe liegt in einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Aus Sicht von ver.di gibt es für die Pflege drei Handlungsfelder:

- Gesetzliche Vorgaben zur Personalbemessung sowie deren Finanzierung verbessern die Arbeitsbedingungen und machen den Beruf attraktiver. Dafür ist der Gesetzgeber verantwort-

lich. Eine Pflegekammer hat hierzu keine Regelungskompetenz.

- Gute Tarifverträge sorgen für eine angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Eine Pflegekammer darf auch hier keinen Einfluss nehmen.
- Zwingend nötig ist eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Krankenhäuser durch eine entsprechende Erhöhung des Landesbasisfallwerts, einer Erhöhung der Förderquote bei den Investitionskostenzuschüssen der Länder sowie eine ausreichende Finanzierung der Ambulanzen und Notfallaufnahmen durch die Kassenärztliche Vereinigung.

Auch für stationäre Einrichtungen und ambulante Dienste ist eine bedarfsgerechte Finanzierung notwendig, ebenso wie eine deutliche Anhebung der Personalschlüssel für die stationären Pflegeeinrichtungen.

Die Pflege kann sich nicht selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Sie benötigt Hilfe von außen und wirkungsvolle Festlegungen für mehr Personal.

Worüber wir zudem diskutieren müssen, ist:

- Wie wird die Pflege selbstbewusst und stark?
- Wie verschaffen sich die Pflegeberufe Respekt und erhalten die Anerkennung, die ihnen zusteht?
- Es wird doch niemand ernsthaft glauben, dass Pflegekräfte allein durch eine Pflegekammer auf Augenhöhe mit den Ärztinnen und Ärzten kommen werden.

Was können die Pflegenden für sich selbst tun?

Um von einer reinen Symbolpolitik wegzukommen, müssen Missstände im Betrieb offengelegt werden – durch Gefährdungsanzeigen, auf Personalversammlungen, indem die Pflegekräfte die Einhaltung ihrer Rechte einfordern. Das tun sie zusammen mit ihrer Gewerkschaft ver.di.

Sie können in Tarifauseinandersetzungen gemeinsam Arbeits- und Entlohnungsbedingungen nachhaltig verbessern. So wurden zuletzt teilweise deutliche Verbesserungen bei der Eingruppierung der Pflege erstritten.

Wie Einfluss auf die Politik ausüben?

Für wirkliche Verbesserungen werden jährlich zusätzliche Milliarden benötigt. Wir müssen die Bevölkerung und die politisch Verantwortlichen dafür gewinnen, dass eine gute Gesundheitsversorgung angemessen finanziert werden muss. Das erreichen wir durch betriebliche und öffentliche Aktionen. Unsere Bewegung für Entlastung und mehr Personal im Krankenhaus hat gezeigt: Wir können Veränderungen bewirken, wenn sich die Pflegenden zusammenschließen und beginnen, gemeinsam Grenzen zu setzen.

► www.klinikpersonal-entlasten.verdi.de

Dies beginnt damit, dass sie konsequent und gemeinsam ihre Rechte einfordern: pünktlicher Feierabend, verlässliche Pausen, gesicherte Freizeit und sicherer Dienstplan. Es geht weiter in Tarifauseinandersetzungen mit der Möglichkeit von Streiks sowie einer öffentlichen Debatte mit den politisch Verantwortlichen.

All dies haben unzählige Kolleginnen und Kollegen im letzten Jahr bundesweit getan und damit viel in Bewegung gesetzt. Sie haben dafür gesorgt, dass niemand mehr daran vorbeikommt: Es braucht mehr Personal und Entlastung in der Pflege.

Fazit

Eine Pflegekammer führt nicht dazu, dass die Pflegenden mit einer Stimme sprechen. Statt mehr Selbstbestimmung bedeutet sie eine doppelte Fremdbestimmung durch Kammer und Arbeitgeber.

Die Pflegekammer kann nichts zur Verbesserung des beruflichen Alltags der Pflegenden beitragen. Im Gegenteil: Die politisch Verantwortlichen können sich damit herausreden, sie hätten den Pflegenden mit der Pflegekammer geholfen. Die Probleme der Pflegenden sind allen Verantwortlichen bekannt. Das gilt auch für die Lösungen: verbindliche Personalvorgaben, eine gute Bezahlung, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Diese können nur gemeinsam von den Betroffenen durchgesetzt werden.

Die Einrichtung einer Pflegekammer würde zudem viel Kraft, Geld und Zeit kosten, die für eine wirksame Verbesserung der Situation der Pflegenden gebraucht werden. Eine weitere Professionalisierung der Pflege, die eine Pflegekammer bringen soll, braucht deutlich verbesserte Rahmenbedingungen. Davon sind wir überzeugt und dafür treten wir ausdauernd und entschlossen ein.

<https://gesundheit-soziales.verdi.de/>